



# belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## BELARUS UND DIE EURASISCHE INTEGRATION

■ ANALYSE		
Belarus und die Eurasische Integration – Stand und Perspektiven		2
Folkert Garbe, Berlin		
■ STATISTIK		
Ausgewählte Handelsstatistiken		6
■ UMFRAGE		
Meinungsumfragen zur wirtschaftlichen Lage, zum Rating von Aljaksandr Lukaschenka und zu den Beziehungen mit Russland		11
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 1. Juni bis 15. Juli 2013		15



## Belarus und die Eurasische Integration – Stand und Perspektiven

Folkert Garbe, Berlin

### Zusammenfassung

Mit der 2010 erfolgten Bildung der Zollunion von Belarus, Russland und Kasachstan haben Nachfolgestaaten der Sowjetunion erstmals ein Format umgesetzt, das über den Charakter einer virtuellen Integration hinausgeht. Das zweite Stadium der Integration – der Einheitliche Wirtschaftsraum – befindet sich im Aufbau. Ab 2015 soll mit der Eurasischen Wirtschaftsunion das dritte Stadium folgen. Obwohl die Integration für Belarus Chancen birgt, sind die langfristigen Perspektiven derzeit noch unklar. Die Schwachstelle des Projekts offenbart sich auf belarussischer Seite in einer Fixierung auf kurzfristige Vorteile, strategischer Unberechenbarkeit und drohender einseitiger Abhängigkeit von Russland.

Nach der Auflösung der UdSSR unternahmen deren Nachfolgestaaten zahlreiche Versuche zur Einrichtung enger wirtschaftlicher Integrationsformate untereinander. Bereits 1995 unterzeichneten Belarus, Kasachstan und Russland eine Vereinbarung zur Einrichtung einer Zollunion. Zur gleichen Zeit begannen Russland und Belarus ein Vorhaben zur bilateralen Integration zu forcieren, das 1999 im Vertrag zur Bildung des russisch-belarussischen Unionsstaates gipfelte – ein Projekt, das auf die wirtschaftliche und politische Vereinigung beider Länder abzielt. Obwohl verschiedene zwischenstaatliche Gremien errichtet wurden, blieben ihre Vollmachten jedoch weit hinter den ursprünglichen Zielen zurück. Die anvisierte ökonomische Integration, die einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung vorsah, kam über das Planungsstadium nicht hinaus.

Einen neuen Impuls erhielt die Integrationsidee im Oktober 2000, als Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Tadschikistan die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC) vereinbarten mit dem Ziel, zunächst eine Zollunion und schließlich einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aufzubauen. Jedoch gelang es den Ländern nicht, Unstimmigkeiten über die erforderliche Harmonisierung ihrer Außenhandelspolitiken zu überwinden, so dass die EurAsEC nicht über das Stadium einer Freihandelszone hinaus kam.

In 2003 schließlich unterzeichneten die wirtschaftlich am weitesten entwickelten GUS-Länder – Belarus, Kasachstan, Russland und die Ukraine – eine Vereinbarung zur Einrichtung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums. Doch auch dieses Projekt erfüllte nicht die Erwartungen, weil die Ukraine nach der Orangen Revolution 2004 und der nunmehr expliziten Westorientierung des Landes das Interesse an jeder über ein Freihandelsabkommen hinausgehenden Integration mit GUS-Staaten verlor. Dadurch verfiel der Integrationsprozess vorerst in eine Phase der Stagnation.

Erst in den Jahren 2007 bis 2009 nahm die Integration reale Formen an, als Belarus, Kasachstan und Russland die vertraglichen Grundlagen zur Einrichtung

einer Zollunion schufen und diese im Gegensatz zu früheren Versuchen auch umsetzten. Der nunmehr geschaffene gemeinsame Gütermarkt umfasst insgesamt ca. 167 Millionen Menschen, was etwa 60 % der Bevölkerung der ehemaligen UdSSR entspricht. Im Dezember 2011 folgte ein weiterer wichtiger Schritt, als die Staatsschefs der drei Länder den Vertrag über die Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes (EWR) unterzeichneten, der ab dem 1. Januar 2012 rechtswirksam wurde und stufenweise bis zum Jahr 2015 realisiert werden soll.

### Entwicklung und Struktur der Zollunion

Eine Zollunion ist eine Form wirtschaftlicher Integration, bei der die Mitgliedsländer die Zollgrenzen und nicht-tarifären Handelsbeschränkungen untereinander aufheben sowie – im Unterschied zu einer Freihandelszone – auch ein Territorium mit gemeinsamen Importtarifen für Waren aus Drittländern einrichten. Der wirtschaftliche Leitgedanke einer solchen Integrationsform besteht in der Vergrößerung des Binnenmarktes, wachsendem Warenaustausch unter den Mitgliedsländern und daraus folgender steigender Markteffizienz und Konkurrenzfähigkeit der beteiligten Ökonomien. Dieser wirtschaftliche Nutzen verlangt jedoch von den Mitgliedsländern einen teilweisen Verzicht auf die unabhängige Gestaltung ihrer Handelspolitiken.

Höchste Instanz der Zollunion ist der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat, in dem die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Mitgliedsländer über Strategie und Ziele des Eurasischen Integrationsprojekts beraten. Zentrales Exekutivorgan zur Regulierung der Integrationsprozesse der Zollunion war bis 2012 die Kommission der Zollunion, in der Russland als größter Volkswirtschaft 57%, Belarus und Kasachstan jeweils 21,5 % der Stimmen zustanden. Die Kommission traf ihre Entscheidungen auf der Grundlage einer qualifizierten Zwei-Drittel-Mehrheit.

2012 wurde die Kommission mit Inkrafttreten des EWR in Eurasische Wirtschaftskommission umbenannt und reorganisiert. Ihre Hauptaufgaben bestehen in der Umsetzung getroffener Vereinbarungen sowie in

der operativen Weiterentwicklung des Integrationsprozesses. Sie verfügt unter anderem über Entscheidungskompetenzen zu tarifären, nicht-tarifären und sonstigen Regelungen des Außenhandels und kann Maßnahmen zur technischen und sanitären Kontrolle bestimmen. Die Stimmenverteilung innerhalb der Kommission ist unter den Mitgliedsländern nunmehr paritätisch geregelt. Grundlegende Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip getroffen. Somit kann Russland als ökonomisch stärkstes Land rechtlich keine fundamentalen Entscheidungen gegen das Einverständnis von Belarus oder Kasachstan durchsetzen.

Die Kommission ist insofern ein Novum in der postsowjetischen Integrationsgeschichte, als dass damit erstmals eine funktionierende supranationalstaatliche Struktur geschaffen wurde, die – zumindest formell – unabhängig von den nationalen Interessen der Mitgliedsländer agiert.

Die Gesetzgebung der Zollunion basiert neben internationalen Verträgen zwischen den Vertragspartnern und Beschlüssen der Kommission auf dem Zollkodex, der standardisierte Zollverfahren festlegt. Die gemeinsamen Importzollsätze, die auf Waren aus Drittländern angewendet und systematisiert werden, sind im Einheitlichen Zolltarif (EZT) fixiert. Die neu eingeführten Tarife entsprachen weitgehend den Außenzöllen Russlands, nur etwa 8 % der neuen Regelungen wichen von den ursprünglichen russischen Zollsätzen ab. Hinsichtlich der Tarifhöhe handelten die Mitglieder für sich jedoch zahlreiche temporäre Ausnahmeregelungen für bestimmte Warengruppen aus.

Belarus musste insgesamt nur geringere Anpassungen vornehmen, da die russischen und belarussischen Importzölle bereits seit 2008 weitgehend harmonisiert waren. Ca. 18 % der Zollsätze wurden erhöht (insbesondere für Kraftfahrzeuge und Lebensmittelerzeugnisse), etwa 7 % gesenkt (insbesondere für Haushaltsgeräte und Bekleidung). Das durchschnittliche Niveau der Zollprotektion erhöhte sich für Belarus nur geringfügig. Für die Verteilung der gemeinsamen Importzolleinkünfte wurde ein Mechanismus erarbeitet, der entsprechend des relativen Gewichts des Importvolumens Russland 87,97 %, Kasachstan 7,33 % und Belarus 4,7 % der Gesamteinnahmen zuspricht.

### Startschwierigkeiten

Während der Abbau der Zollstationen zwischen den Ländern und die Einführung des Einheitlichen Zolltarifs relativ unproblematisch verliefen, bleibt die Reduktion nicht-tarifärer Handelsbarrieren bislang hinter den Erwartungen zurück. So haben sich die drei Länder verpflichtet, sanitäre und phyto-sanitäre sowie technische Warenstandards zu harmonisieren und an euro-

päische und internationale Standards anzupassen. Die Implementierung dieser Vereinbarungen verläuft jedoch langsam, widersprüchlich und führt immer wieder zu Disputen zwischen den Partnerländern. Die daraus resultierenden Unsicherheiten und umständlichen Verwaltungswege wirken sich bisweilen negativ auf die Aktivitäten von Unternehmen aus. In vielen Fällen wenden die Mitgliedsländer noch ihre nationalen, zum großen Teil auf dem sowjetischen System beruhenden Standards an. Diese sind veraltet, ineffizient und international nicht anerkannt.

Die Umsetzung der Zollunion verlief für Belarus zudem mit einigen Startschwierigkeiten. Russland hatte zum Schutz seiner Automobilindustrie seine relativ hohen Importzölle auf Neu- und Gebrauchtwagen im Einheitlichen Zolltarif durchgesetzt. Nachdem Belarus diese Zölle an seinen Außengrenzen angepasst hatte, verzeichnete es im Sommer 2011 einen massiven Rückgang beim Import von Kraftfahrzeugen. Zur gleichen Zeit machte sich auch ein weiterer negativer Effekt bemerkbar, als ein starker Anstieg der russischen Nachfrage nach belarussischen Konsumgütern von der belarussischen Politik nicht gebremst werden konnte. Dies führte auf dem heimischen Markt zeitweilig zu einem gravierenden Engpass an Fleisch und Zucker.

Insgesamt vermochte das Regelwerk der Zollunion bislang nicht, regelmäßig wiederkehrende Streitigkeiten zwischen Belarus und Russland insbesondere zum Export belarussischer Waren wie Lebensmittel und Maschinen endgültig beizulegen. Ebenso hat Russland zwar die vormals fälligen Exportzölle auf nach Belarus zum Eigenverbrauch geliefertes Erdöl nach langwierigen Verhandlungen aufgehoben, die Menge der Lieferungen ist aber immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern.

### Unklare Effekte

Der ökonomische Mehrwert der Partizipation von Belarus an der Zollunion wird in Expertenkreisen kontrovers diskutiert. Befürworter sehen vor allem die Chancen durch den ungehinderten Zugang zum für Belarus wichtigen russischen Markt. Skeptiker warnen dagegen vor den Gefahren einer Handelsumlenkung zulasten des Handels mit Ländern außerhalb der Union.

Nach Inkrafttreten der Zollunion stieg der belarussische Warenumsatz mit den Ländern der Zollunion spürbar an. Im Jahr 2012 betrug das Handelsvolumen von Belarus mit Russland und Kasachstan insgesamt 44,75 Mrd. US-Dollar, was gegenüber 2009 – dem Jahr vor Einrichtung der Zollunion – einem Zuwachs in Höhe von insgesamt 87,8 % entspricht. Gleichzeitig zeigt der Blick auf die Außenhandelsentwicklung jedoch auch, dass der belarussische Export in die Europäische

Union in den Jahren 2011 und 2012 einen noch stärkeren Zuwachs verzeichnete als die Ausfuhren in die Länder der Zollunion. Diese Entwicklung lässt sich darauf zurückführen, dass die belarussische Ölverarbeitungsindustrie – ein Eckpfeiler der belarussischen Exportwirtschaft – durch die Vereinbarungen zur Zollunion nunmehr Erdöl zollfrei und in größerer Menge aus Russland importieren, verarbeiten und in die EU exportieren kann.

Allerdings ist die Aussagekraft deskriptiver Statistik im Hinblick auf direkte Wirkungen der noch jungen Zollunion begrenzt, zumal eine Zollunion ein Format ist, dessen Nutzen sich erst in mittel- bis langfristiger Perspektive entfaltet. Außerdem überlappt der kurze Zeitraum des Bestehens der Zollunion mit weiteren Faktoren, die den belarussischen Außenhandel maßgeblich beeinflussten. So fällt der Start der Zollunion 2010 – 2012 in die Phase der Erholung nach der Wirtschaftskrise ebenso wie in die Zeit der Abwertung des belarussischen Rubels nach der Währungskrise im Jahr 2011, die den belarussischen Export erheblich begünstigte. Auch über mögliche handelsschaffende oder handelsumlenkende Effekte sowie deren Verhältnis lassen sich nur schwerlich seriöse Aussagen treffen. Derzeit mangelt es noch an detaillierten Untersuchungen, die das Gewicht dieser verschiedenen Effekte analytisch trennen.

Anhaltspunkte für Effekte der Zollunion liefert eine Studie der *European Bank for Reconstruction and Development* (EBRD), die sich den Wirkungen auf die Importstruktur der Zollunion in den Anfangsjahren widmet. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, dass neben den wirtschaftlichen Erholungseffekten weniger die Tarifanpassungen, sondern vielmehr die – bislang noch unvollendete – Reduzierung nicht-tarifärer Handelsbarrieren den Warenaustausch innerhalb der Zollunion befördert habe – ein Indiz für das Potenzial der Zollunion in diesem Bereich.

### Taktische statt strategische Motive?

Kritische Stimmen beziehen sich weniger auf die ökonomischen Effekte für den belarussischen Außenhandel, sondern problematisieren die Motive und den politischen Kontext, in dem die Integration stattfindet. Tatsächlich vermittelt der Ablauf der Verhandlungsprozesse zur Einrichtung der Zollunion nicht den Eindruck, dass die Teilnahme von Belarus am Eurasischen Integrationsprojekt auf einer langfristig ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse basiert. Vielmehr orientiert sie sich an konkreten kurzfristigen Vorteilen. Schon im Rahmen von Belarus' Beitrittsverhandlungen knüpfte Präsident Aljaksandr Lukaschenka immer wieder seine Zustimmung für die von Russland vorangetriebene Integration an die Gewährung von Sonderkonditionen im Bereich der Energielieferungen.

Bezeichnenderweise nahm der Verhandlungsprozess zur Bildung der Zollunion im Jahr 2007 in einer Phase konkrete Formen an, als Belarus allmählich in eine Situation prekärer Staatsfinanzen geriet. Russland hatte 2006 entschieden, die Präferenzbehandlung seines Nachbarlandes in Gestalt äußerst günstiger Energielieferungen schrittweise abzubauen und setzte eine massive Erhöhung des Preises für Erdgas und einen Exportzoll auf Erdöl durch. Dies war ein harter Schlag für die energieintensive und –ineffiziente belarussische Wirtschaft und maßgeblicher Grund dafür, dass die langfristige ausländische Verschuldung des belarussischen Staates seit 2007 von 501,1 Mio. US-Dollar auf 12,6 Mrd. US-Dollar zu Beginn 2013 anwuchs.

Nach Abschluss der Verhandlungen zur Zollunion gestand Moskau Minsk für das Jahr 2012 schließlich mit 165,6 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> – im Vergleich zu vormals 244 US-Dollar – den im Ländervergleich mit Abstand geringsten Gaspreis zu. Belarus erhielt zudem wieder zollfrei russisches Erdöl zum Selbstverbrauch. Ferner wurde Belarus ein Zahlungsaufschub für Gasschulden gewährt, ein Kredit für den Aufbau eines Atomkraftwerkes sowie ein Kredit der Eurasischen Entwicklungsbank in Höhe von drei Mrd. US-Dollar – ein Paket von Unterstützungsleistungen, das Russlands damaliger Premierminister Wladimir Putin unverhohlen einen »Integrationsdiscount« nannte. Diese Anreize, die Moskau auch in seinen Bemühungen, die Ukraine für einen Beitritt zur Zollunion zu motivieren, anwendet, sind jedoch allenfalls kurzfristiger Art, da sie von russischer Seite jederzeit revidiert werden können.

Das Fehlen einer langfristigen belarussischen Strategie zeigt sich auch am Beispiel von Russlands – laut Präsident Lukaschenka nicht mit Belarus und Kasachstan abgestimmtem – Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im August 2012, der Moskau zur graduellen Liberalisierung seines Außenhandels verpflichtet. Zuvor hatten Belarus, Kasachstan und Russland vertraglich festgelegt, dass die Normen der WTO in das Regelwerk der Zollunion übernommen werden müssen, sobald eines der Länder der WTO beitrifft. D. h., Belarus muss nun die Verpflichtungen Russlands umsetzen, ohne dass es selbst auf diese hätte Einfluss nehmen können. Belarus, dessen Beitritt zur WTO derzeit nicht in Sicht ist, ist also in einer Situation, in der es kein WTO-Mitglied ist, sich aber faktisch deren Regeln beugen muss. Dies bringt das Land auch insofern in eine missliche Lage, als dass es im Konfliktfall keinen Zugang zu den WTO-Mechanismen zur Streitschlichtung hat. Der Einheitliche Zolltarif der Zollunion wurde kurz nach dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) im August 2012 modifiziert, die durchschnittlichen Importzolltarife sanken von 10,0% auf

7,8%. Diese Senkung der Importzölle setzt sowohl den belarussischen Binnenmarkt als auch die Exportwirtschaft höherem Wettbewerbsdruck aus.

Integrations skeptiker befürchten in diesem Kontext die Gefahr einer wachsenden belarussischen Abhängigkeit von Russland. In der Tat ist das Funktionieren der weitgehend unreformierten belarussischen Wirtschaft auf günstige Energielieferungen aus Russland angewiesen. Schätzungen des *Eastern European Studies Centre* beziffern den Anteil der russischen »Energiesubventionen« am belarussischen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 auf 15,9%. Auch die wachsende Verschuldung des belarussischen Staates, seine Isolation nach Westen und die Nachwirkungen der Finanz- und Währungskrise deuten auf eine Situation wirtschaftlichen Drucks, in der Moskau Minsk immer leichter Bedingungen diktieren kann. Eine Abhängigkeit resultiert in diesem Sinne also nicht aus Belarus' Rechtsstellung im eurasischen Integrationsprojekt, sondern aus seiner immer stärker wachsenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland.

### Perspektiven

Belarus hat durch seine Mitgliedschaft in der Zollunion einen sehr konkreten Schritt zur Integration mit Russland und Kasachstan getan. Damit verzichtet das Land teilweise auf die unabhängige Gestaltung seiner Handelspolitik, verfügt aber in der Zollunion über ein gleichberechtigtes Stimmrecht. Die Abhängigkeit der belarussischen Ökonomie von russischen Energiesubventionen und Finanzhilfen stellt dieses Gleichgewicht jedoch in Frage.

Die langfristigen Perspektiven der Zollunion und des EWR lassen sich aufgrund zahlreicher Unwägbarkeiten schwer einschätzen. Die weitere Entwicklung hängt insbesondere davon ab, ob die beteiligten Länder kurzfristige Interessen zurückstellen können und inwieweit neue Ereignisse, wie der WTO-Beitritt Russlands

oder die Aufnahme weiterer Länder in das Integrationsprojekt, sich auf das Kooperationsverhältnis auswirken.

Dennoch birgt die Integration für Belarus durchaus Chancen, insbesondere in der Stärkung seiner Rolle als Transitland. Allerdings können sich diese Chancen nur unter der Voraussetzung verwirklichen, dass ein langfristiges Commitment aller beteiligten Länder gegenüber der Integrationsidee besteht und getroffene Vereinbarungen umgesetzt werden. Dies gilt speziell für die Aufhebung nicht-tarifärer Handelsbarrieren und die Harmonisierung mit internationalen Standards. Gerade die Übernahme moderner Standards und der Abbau bürokratischer Hürden haben das Potenzial, nicht nur den Handel innerhalb der Zollunion zu forcieren, sondern auch den Warenaustausch mit Drittländern, insbesondere mit der EU, zu stärken.

Die Weiterentwicklung der Zollunion hin zu einer deutlich umfassenderen Integration, wie sie der EWR anvisiert, ist jedoch ein großer Schritt. Der EWR sieht über den freien Warenverkehr hinaus die ungehinderte Bewegung von Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital vor, bedingt die Koordinierung von Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik und erfordert verbindliche Regelungen zum Haushaltsdefizit und zur Inflation. Der EWR verlangt also einen wesentlich umfassenderen Verzicht auf Domänen nationaler Politik als noch die Zollunion und fordert auch eine Anpassung der immer noch stark regulierten belarussischen Wirtschaft an die liberaleren Ökonomien Russlands und Kasachstans – dies birgt beträchtliches Konfliktpotenzial.

Im Idealfall kann die Eurasische Integration einen Beitrag zur Stärkung von Belarus' Funktion als Transitland leisten. Dann könnte das Land eines Tages Teil der von Wladimir Putin beworbenen »harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok« sein. Doch unter Berücksichtigung der bis dahin zu bewältigenden Schritte bleibt dies vorerst Zukunftsmusik.

### Über den Autor:

Folkert Garbe, geb. 1980, ist Projektleiter in der Regionaldirektion Ukraine, Belarus, Südkaukasus, Zentralasien des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft.

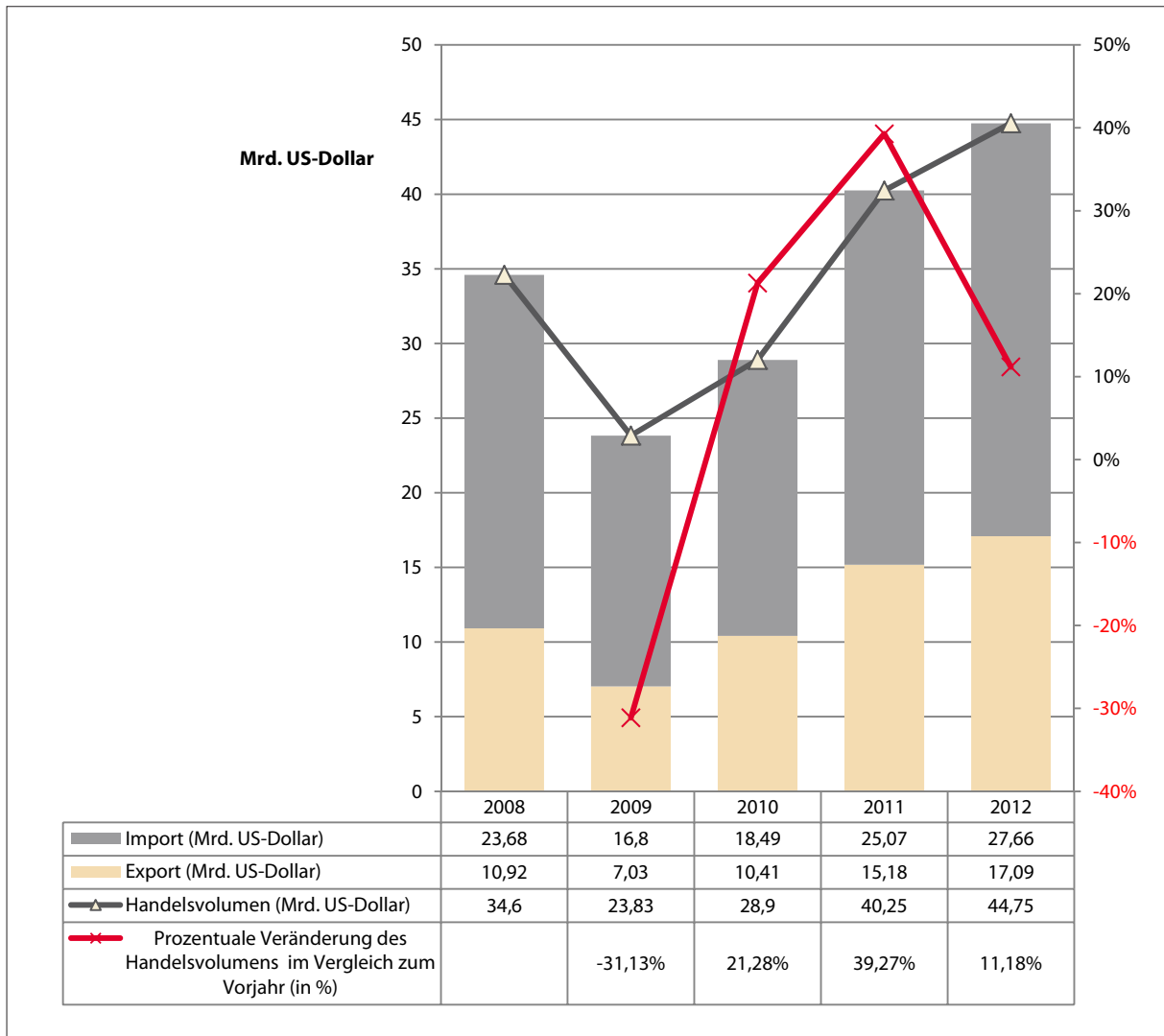
Bei dem Beitrag handelt es sich um eine aktualisierte Fassung vorheriger wissenschaftlicher Arbeiten des Autors zur regionalen Integration im postsowjetischen Raum.

### Lesetipps:

- Folkert Garbe: Souveräne Integration? Belarus und die Zollunion der EurAsEC, in: Osteuropa-Recht, Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, 58. Jg., Heft 3/2012, S. 18–27
- Balász Jarábik, Alexei Pikulik and Andrei Yeliseyev: Belarus and the Eurasian Union: incremental integration, Frider Policy Brief, No. 159, June 2013, [http://www.frider.org/download/PB\\_159\\_Belarus\\_and\\_the\\_Eurasian\\_Union.pdf](http://www.frider.org/download/PB_159_Belarus_and_the_Eurasian_Union.pdf)
- How much do tariffs matter? Evidence from the customs union of Belarus, Kazakhstan and Russia, European Bank for Reconstruction and Development, Working Paper No. 154, Januar 2013, <http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/workingpapers/wp0154.pdf>

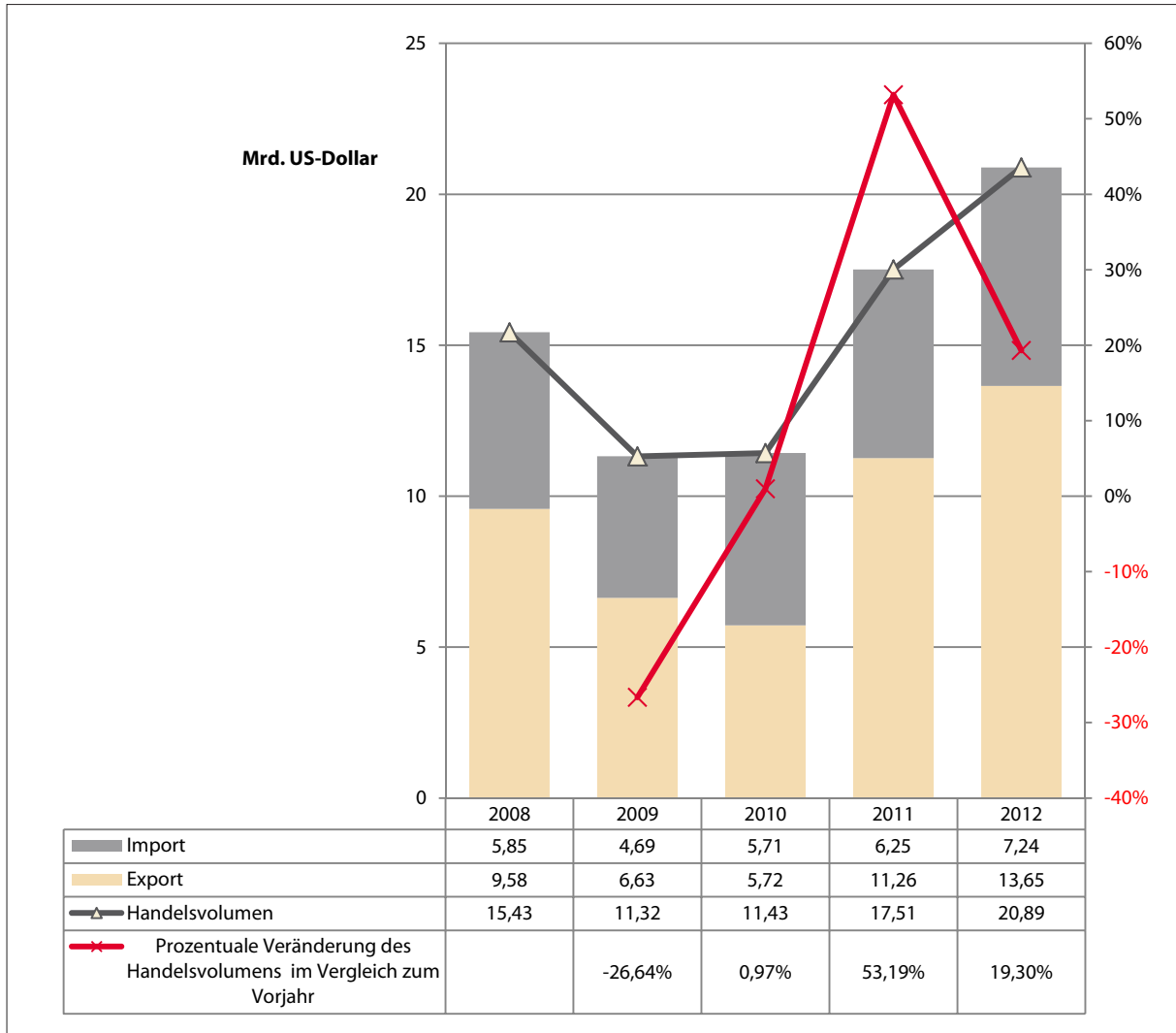
## Ausgewählte Handelsstatistiken

Grafik 1: Belarussischer Handelsumsatz mit den Ländern der Zollunion  
(Russland und Kasachstan)



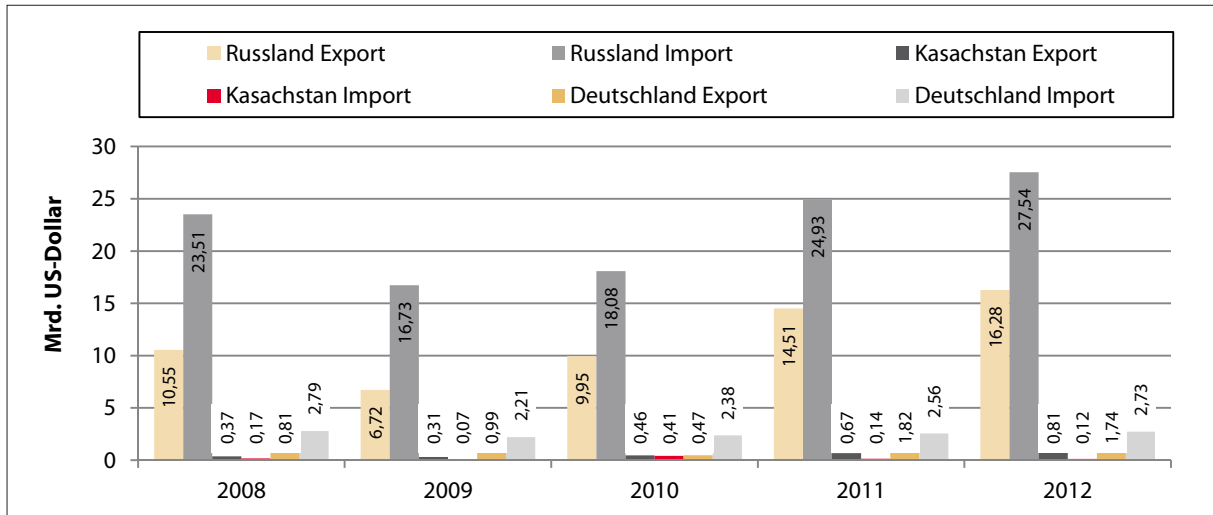
Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

Grafik 2: Belarussischer Handel mit der EU-27



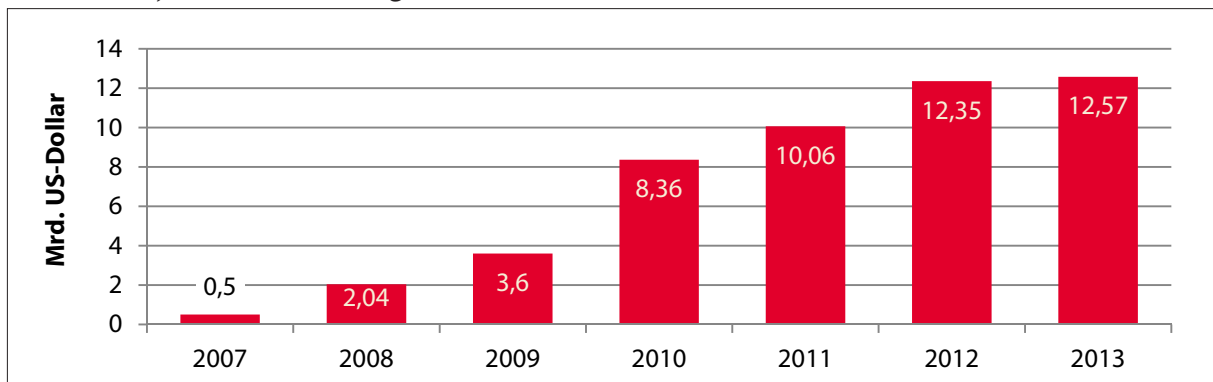
Quelle: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc\\_113351.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113351.pdf)

**Grafik 3: Belarussischer Handel mit Russland, Kasachstan und Deutschland (Mrd. US-Dollar)**



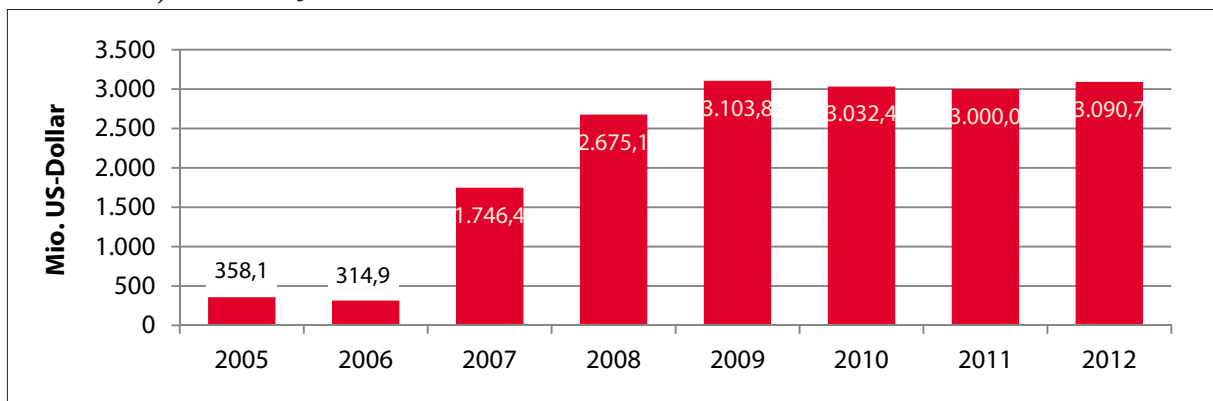
Quelle: <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/ftrade1.php>

**Grafik 4: Langfristige Auslandsverschuldung der Republik Belarus 2007–2013 (jeweils zu Jahresbeginn, Mrd. US-Dollar)**



Quelle: *Belarussische Nationalbank*, <http://www.nbrb.by/statistics/ExternalDebt/Annual/>

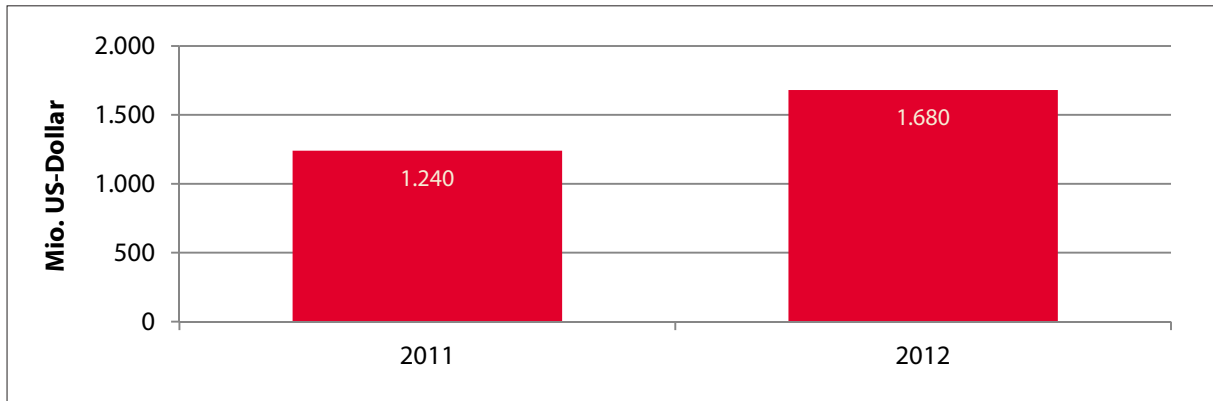
**Grafik 5: Entwicklung der Kreditverschuldung gegenüber der Russischen Föderation (jeweils am Jahresende, Mio. US-Dollar)**



Quelle: *Plateshny balans Sojuznogo gosudarstva sa 2012 god*, [www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf](http://www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf), S. 35

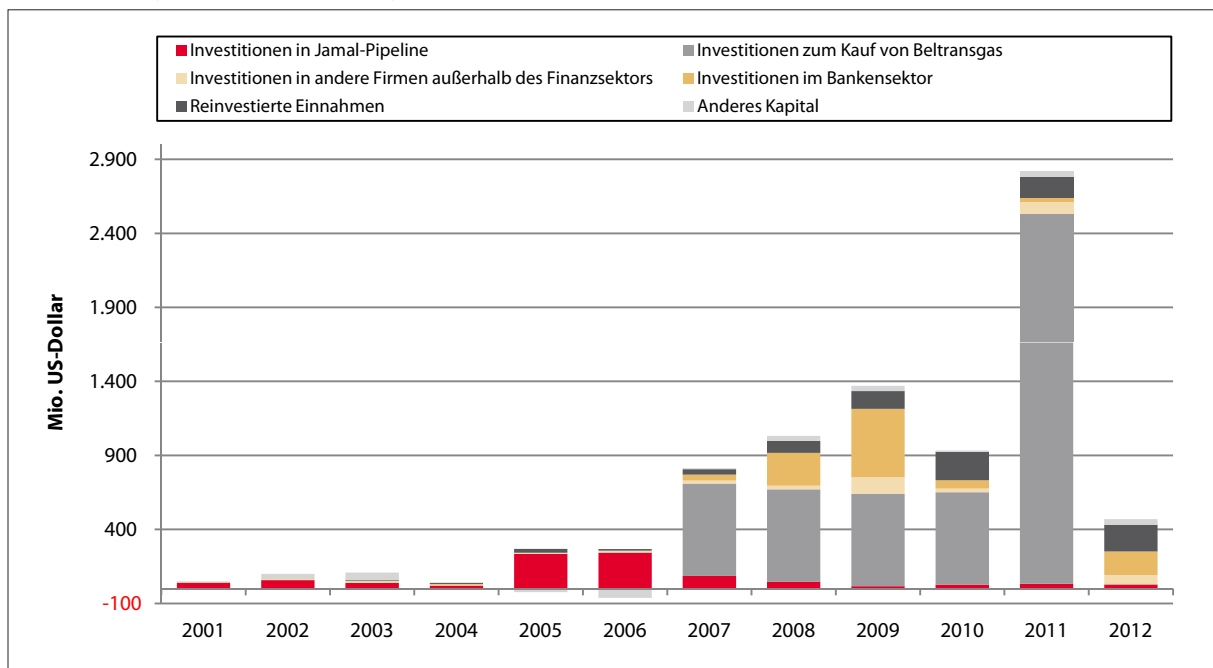


**Grafik 6: Entwicklung der Kredite aus dem Anti-Krisenfonds der Eurasischen Wirtschaftsunion an Belarus (in Mio. US-Dollar)**



Quelle: *Plateshny balans Sojuznogo gosudarstwa sa 2012 god*, [www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf](http://www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf), S. 35

**Grafik 7: Direkte Investitionen der Russischen Föderation in der Republik Belarus (in Mio. US-Dollar)**



Anm.: Siehe auch Tabelle 1 auf S. 10.

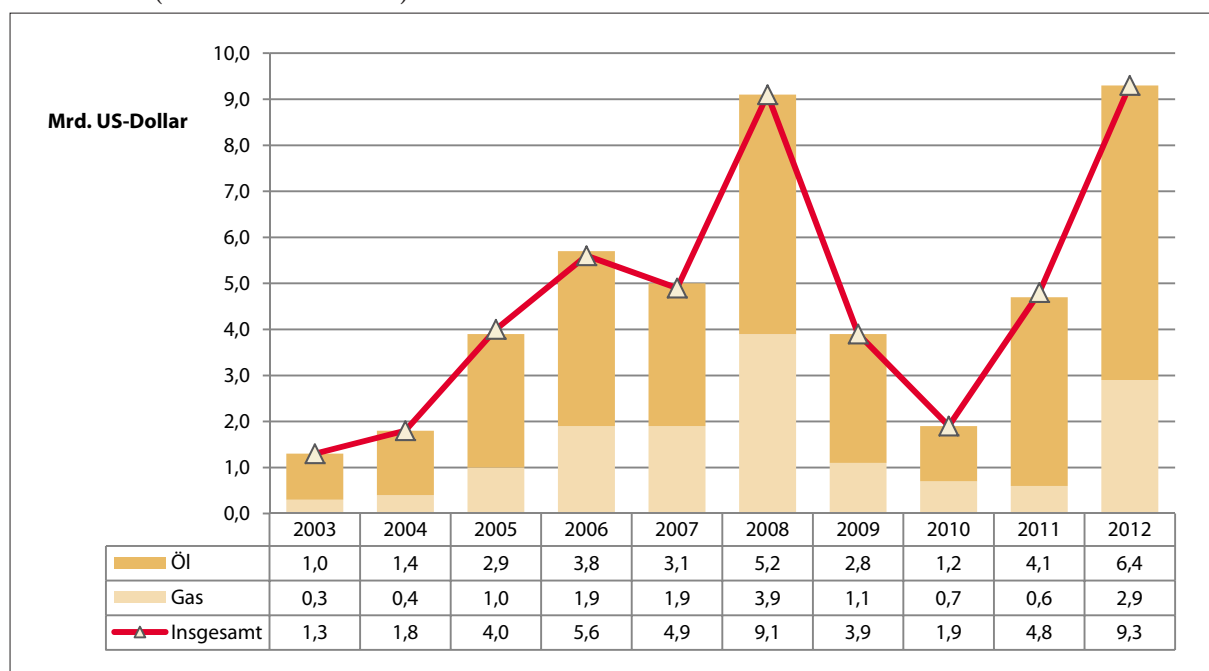
Quelle: *Plateshny balans Sojuznogo gosudarstwa sa 2012 god*, [www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf](http://www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf), S. 36

**Tabelle 1: Direkte Investitionen der Russischen Föderation in der Republik Belarus  
(in Mio. US-Dollar)**

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Insgesamt
<b>Insgesamt</b>	48,7	99,5	108,1	32,0	245,1	204,6	813,0	1.031,7	1.370,1	933,7	2.819,6	469,9	8.176,0
davon: Kapitalbeteiligungen	42,7	68,5	54,4	31,1	241,1	256,0	770,3	916,8	1.214,8	732,1	2.641,2	250,9	7.219,9
davon: Investitionen in Jamal-Pipeline	37,5	57,5	38,1	20,7	234,5	243,1	85,0	45,0	15,9	26,6	32,4	27,9	864,2
Investitionen zum Kauf von Beltransgas	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	625,0	625,0	625,0	625,0	2.500,0	0,0	5.000,0
Investitionen in andere Firmen außerhalb des Finanzsektors	3,0	11,0	10,7	5,6	8,2	12,9	20,2	25,3	113,0	24,2	78,8	64,0	376,9
Investitionen im Bankensektor	2,2	0,0	5,6	4,8	-1,6	0,0	40,1	221,5	460,9	56,3	30,0	159,0	978,8
Reinvestierte Einnahmen	0,1	0,2	4,1	7,4	25,8	11,6	36,0	81,5	119,3	191,6	138,9	180,5	797,0
Anderes Kapital	5,9	30,8	49,6	-6,5	-21,8	-63,0	6,7	33,4	36,0	10,0	39,5	38,5	159,1

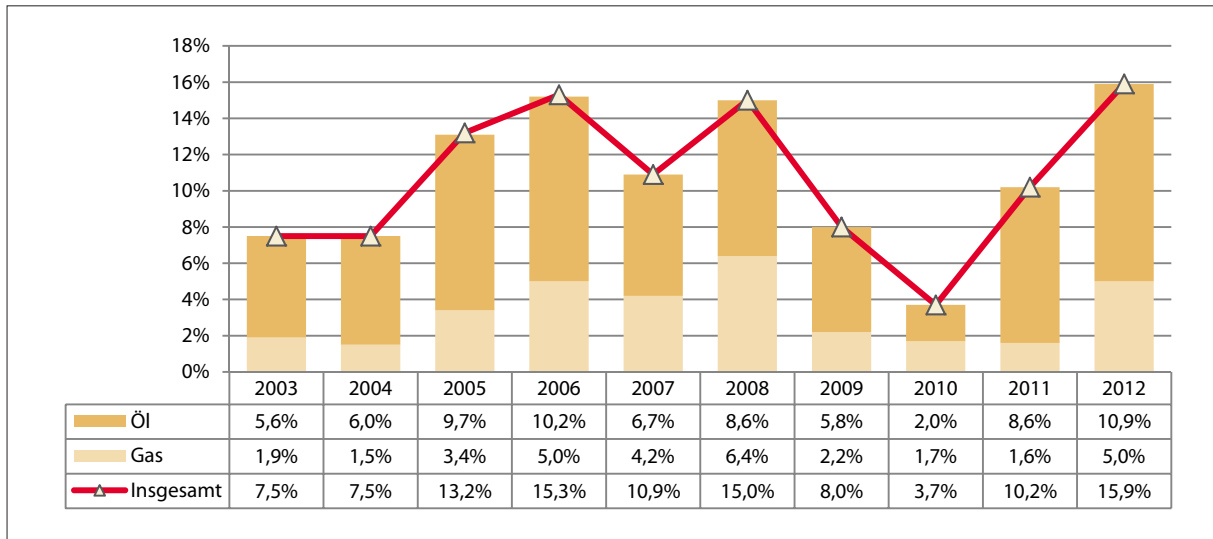
Quelle: *Plateshny balans Sojuznogo gosudarstwa sa 2012 god*, [www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf](http://www.nbrb.by/statistics/BalPayUnionState/Comment/BalPayUnionState2012.pdf), S. 36

**Grafik 8: Umfang von Russlands Subventionen in Bereichen Öl und Gas 2003–2012  
(in Mrd. US-Dollar)**



Quelle: *Eastern European Studies Centre zit. nach* [http://www.frider.org/download/PB\\_159\\_Belarus\\_and\\_the\\_Eurasian\\_Union.pdf](http://www.frider.org/download/PB_159_Belarus_and_the_Eurasian_Union.pdf)

**Grafik 9: Umfang von Russlands Subventionen in Bereichen Öl und Gas 2003–2012 (in % des belarussischen BIP)**

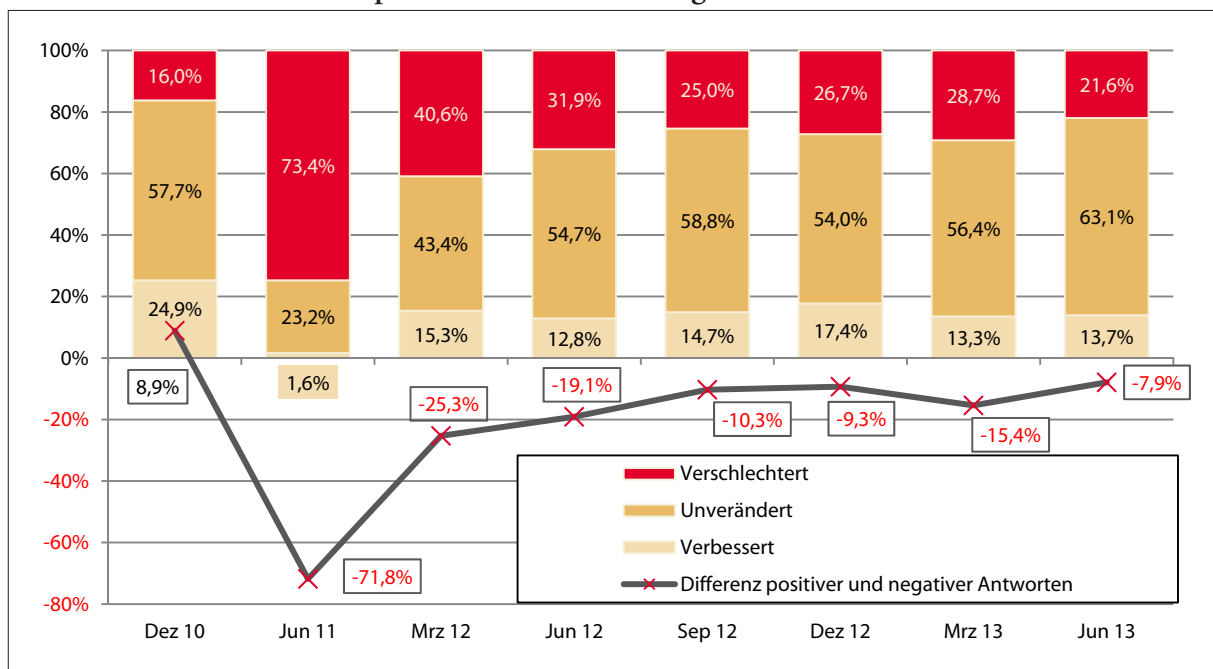


Quelle: Eastern European Studies Centre zit. nach [http://www.frider.org/download/PB\\_159\\_Belarus\\_and\\_the\\_Eurasian\\_Union.pdf](http://www.frider.org/download/PB_159_Belarus_and_the_Eurasian_Union.pdf)

UMFRAGE

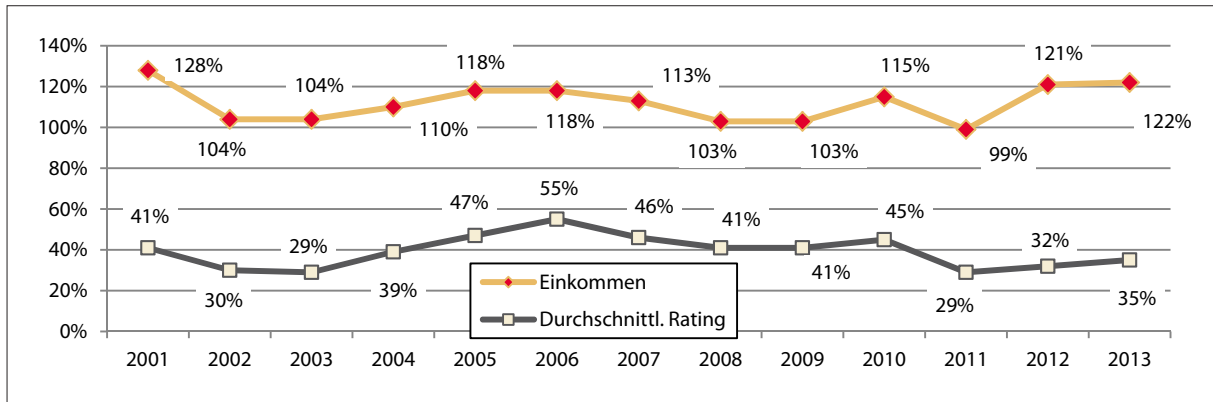
**Meinungsumfragen zur wirtschaftlichen Lage, zum Rating von Aljaksandr Lukaschenka und zu den Beziehungen mit Russland**

**Grafik 1: Wie hat sich Ihre persönliche materielle Lage in den letzten drei Monaten verändert?**



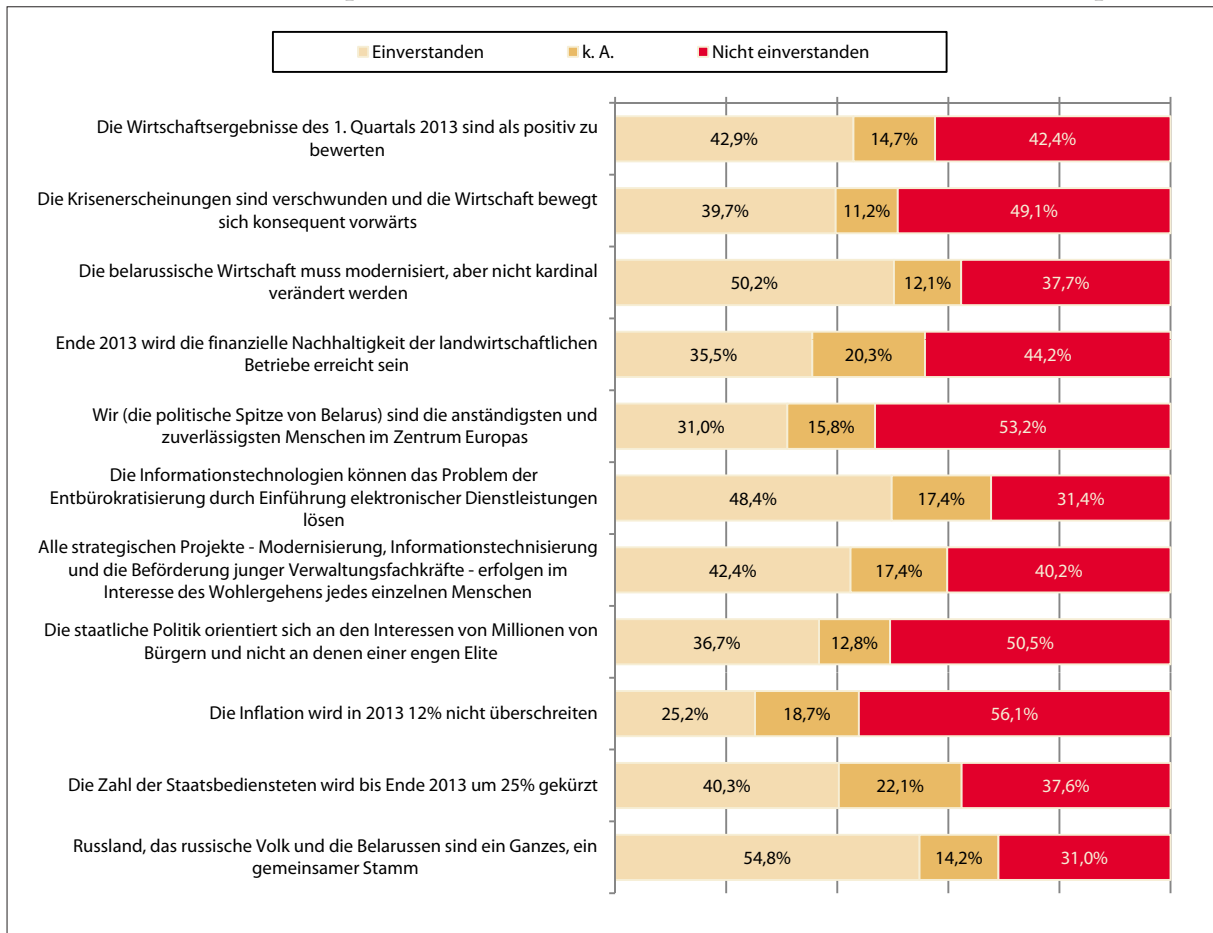
Quelle: IISEPS, Infocus, Juni 2013, [www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)

**Grafik 2: Entwicklung des Realeinkommens der Bevölkerung (in % zum Vorjahr und des Ratings von Aljaksandr Lukaschenka (%))**



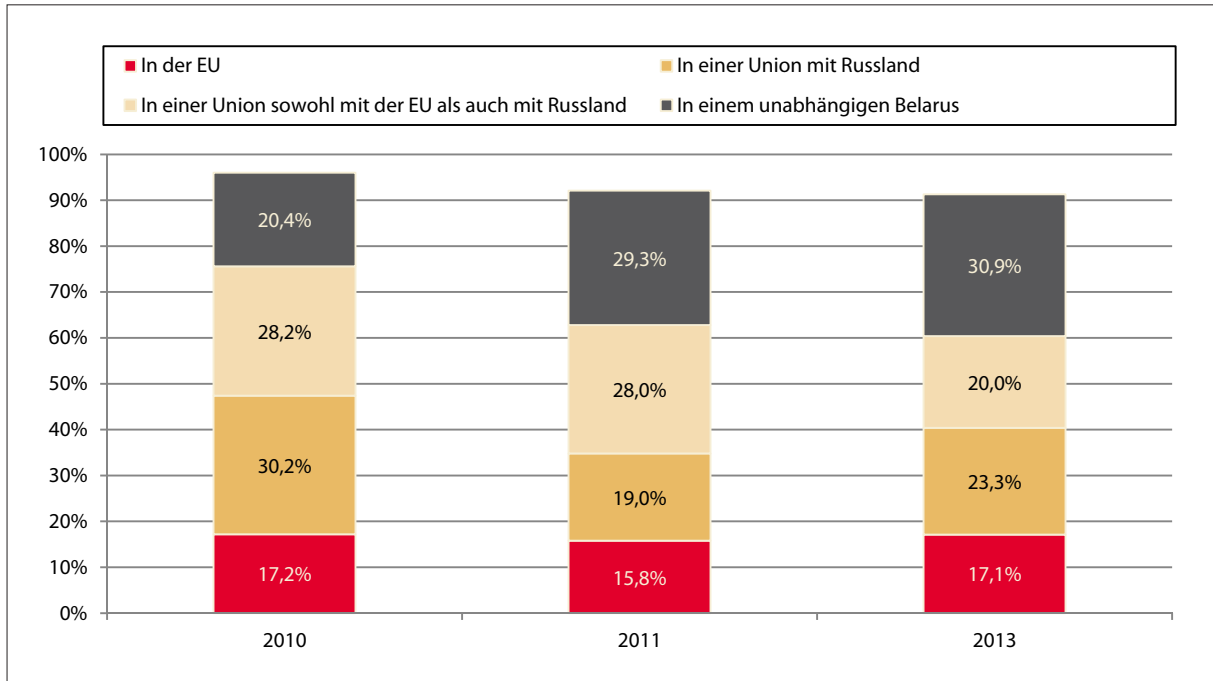
Quelle: IISEPS, Infocus, Juni 2013, [www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)

**Grafik 3: Wie stehen Sie zu folgenden Äußerungen von Präsident Aljaksandr Lukaschenka bei seiner Jahresansprache an das belarussische Volk und das Parlament am 19. April 2013?**



Quelle: IISEPS, Infocus, Juni 2013, [www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)

**Grafik 4: Wo möchten Sie leben?**



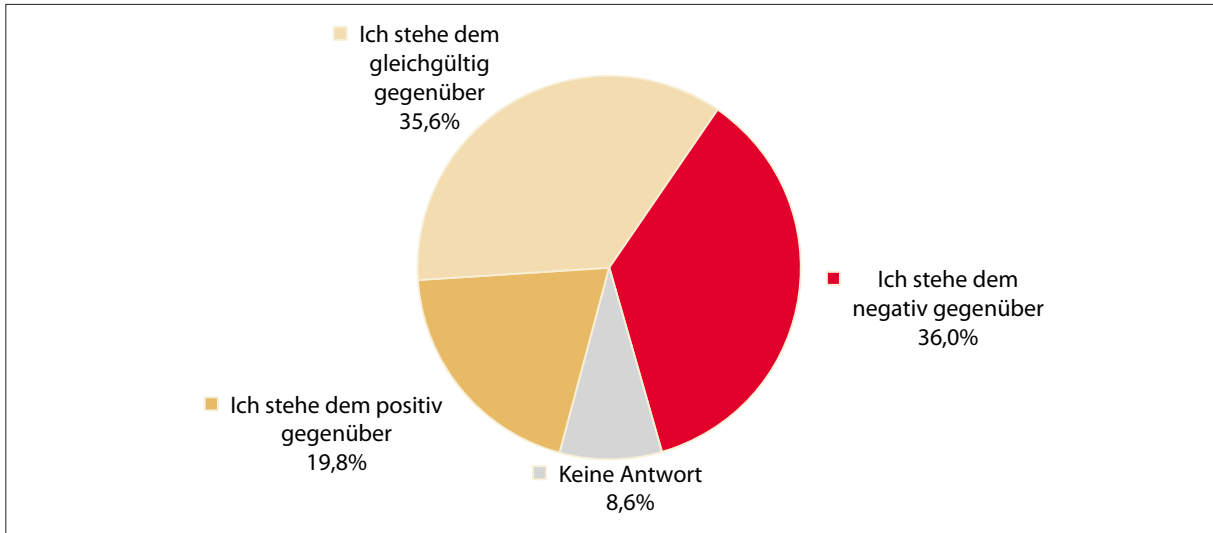
Quelle: Denis Meljanzow / Jelena Artemenko: Geopolititscheskie predpotschlenija belorusow: slischkom pragmatitschnaja nazija? Belarussian Institute for Strategic Studies, 2. April 2013, [http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/files/BISS\\_SA07\\_2013ru.pdf](http://belinstitute.eu/sites/biss.newmediahost.info/files/files/BISS_SA07_2013ru.pdf)

**Grafik 5: Wenn heute ein Referendum über die Vereinigung von Belarus mit Russland stattfände, wie würden Sie abstimmen?**



Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2013, [www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)

**Grafik 6: Wie stehen Sie zur Einrichtung einer russischen Luftwaffenbasis in Belarus?**



Quelle: IISEPS, Infofocus, Juni 2013, [www.iiseps.org](http://www.iiseps.org)

## Vom 1. Juni bis 15. Juli 2013

01.06.2013	Die Nationale Plattform des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaftsinitiative der EU wählt in Minsk Ulad Wjalitschka vom »International Consortium EuroBelarus« zum neuen Vorsitzenden ihres Koordinationskomitees. Die 44 Delegierten verabschieden außerdem eine Resolution, in der sie u. a. festhalten, dass es keine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus gäbe.
02.–03.06.2013	Der stellvertretende Premierminister von Laos Thongloun Sisoulith wird während seines Aufenthalts in Minsk von Aljaksandr Lukaschenka empfangen. Des weiteren trifft er mit Premierminister Mjasnikowitsch und Außenminister Makej zusammen. Zweck des Besuches sind die Vorbereitung eines Besuchs des Präsidenten von Laos sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Ebenso wird ein Memorandum of Understanding über die Einrichtung eines zwischenstaatlichen Kooperationsausschusses unterzeichnet.
03.06.2013	Das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) führt Belarus in seinem Jahresbericht unter den 20 größten Exporteuren von konventionellen Waffen zwischen 2008 und 2012 auf. Laut SIPRI soll Belarus u. a. 17 % der syrischen Waffenimporte zwischen 2007 und 2011 geliefert haben und damit der drittgrößte Waffenlieferant für Syrien in diesem Zeitraum gewesen sein.
03.–05.06.2013	Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Dunja Mijatović nimmt in Minsk an einem Seminar zum Online-Journalismus teil, das in Kooperation mit dem belarussischen Außenministerium und anderen staatlichen Stellen stattfindet. Sie führt außerdem Gespräche mit Außenminister Makej sowie Vertretern der Präsidentialadministration, des Parlaments, des Obersten Gerichtshofs und des Informationsministeriums. Ebenso trifft sie sich mit der unter Hausarrest stehenden Journalistin Iryna Chalyp und anderen Vertretern des unabhängigen Journalistenverbandes. Zuletzt hatte Dunja Mijatović Belarus im Oktober 2010 besucht, nach den Präsidentschaftswahlen hatten die belarussischen Behörden ihr Einreisegesuch zweimal abgelehnt.
04.06.2013	Der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte in Belarus Miklos Haraszi legt dem UN-Menschenrechtsrat seinen Bericht zur aktuellen Menschenrechtssituation in Belarus vor.
05.06.2013	Präsident Lukaschenka unterzeichnet einen Erlass, dem zufolge kulturelle Veranstaltungen nur mit Zustimmung der ideologischen Abteilungen im jeweiligen Ort durchgeführt werden dürfen.
06.06.2013	Präsident Lukaschenka unterzeichnet einen Erlass, dem zufolge die Präsidentialadministration neu strukturiert und die Zahl der dort Beschäftigten um 25 % reduziert werden soll. Der Erlass ergänzt damit den Erlass Nr. 168 vom 12. April 2013, der bereits in zahlreichen anderen staatlichen Strukturen einen entsprechenden Personalabbau angeordnet hatte.
06.06.2013	Mitglieder des Belarussischen Freien Theaters und der Kampagne »Free Belarus Now« protestieren mit einer Performance in London gegen die Anwendung der Todesstrafe in Belarus.
06.–07.06.2013	In Minsk findet eine internationale ökumenische Konferenz zum 1025. Jahrestag der Christianisierung der Kiewer Rus statt, an der 450 Delegierte aus der GUS und der EU teilnehmen.
06.–09.06.2013	Der stellvertretende Außenminister Aljaksandr Hurjanau hält sich mit einer Delegation in Kuba auf.
09.06.2013	Die Weltbank gewährt Belarus einen weiteren Kredit in Höhe von 90 Mio. US-Dollar zur Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Wärme- und Stromproduktion. In 2009 hatte die Weltbank dem Land bereits einen Kredit in Höhe von 125 Mio. US-Dollar für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Insgesamt hat Belarus von der Weltbank seit 1992 Kredite in Höhe von 955 Mio. US-Dollar für 13 Projekte erhalten sowie Projektförderungsmittel in Höhe von 23,7 Mio. US-Dollar für 30 Programme unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure.
09.–11.06.2013	Außenminister Uladsimir Makej trifft sich in Aserbajdschan mit Präsident Ilham Alijew and seinem Amtskollegen Elmar Mammadjarow.
12.06.2013	Ein Hrodnaer Gericht verurteilt einen 23-Jahre alten Mann, der seine Ehefrau und deren Liebhaber ermordet hat, zum Tode. Damit wird in Belarus bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Todesstrafe verhängt. Am 24. April hatte ein Gericht in Mahilau einen Häftling wegen der Ermordung eines Mitinsassen zum Tode verurteilt.
13.06.2013	Der UN-Rat für Menschenrechte verlängert das Mandat des Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Belarus Miklos Haraszi um ein weiteres Jahr. Für die entsprechende Resolution stimmen 26 Länder, 3 Länder votierten dagegen und 18 Länder enthielten sich. Belarus erkennt das Mandat des Sonderbeauftragten nicht an und lässt ihn bisher nicht einreisen.

12.–13.06.2013	Die stellvertretende Außenministerin Alena Kuptschyna leitet die belarussische Delegation bei Verhandlungen zwischen dem belarussischen und dem litauischen Außenministerium in Vilnius. Gesprächsthemen sind insbesondere der Ausbau der bilateralen Beziehungen und die Entwicklung des Dialogs mit der EU während der EU-Ratspräsidentschaft Litauens. Frau Kuptschyna überreicht außerdem einen Bericht des belarussischen Umweltministeriums zur Bewertung der Umweltauswirkungen des belarussischen AKW-Projekts.
13.06.2013	Präsident Lukaschenka empfängt den Vorsitzenden der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin in Minsk. Im Gespräch bezeichnet Lukaschenka den Unionsstaat von Belarus und Russland als treibende Integrationskraft im postsowjetischen Raum. Gleichzeitig betont er, dass Belarus seine Beziehungen zur EU verbessern wolle, ohne dass Russland darunter leiden solle.
13.06.2013	Der Direktor von General Motors Russland und GUS James Bovenzi unterzeichnet mit dem stellvertretenden Premierminister Pjotr Prakapowitsch einen Rahmenvertrag über die Montage von jährlich 4.000 bis 7.000 Autos des Modells Opel Corsa in Belarus für Abnehmer in den Ländern der Zollunion. Die Produktion soll im Februar 2014 beginnen.
13.06.2013	Das Justizministerium lehnt den jüngsten, dritten Registrierungsantrag der Bewegung »Sag die Wahrheit« von Ex-Präsidentenskandidat Uladsimir Njakljajeu ab, der am 8. Mai 2013 eingereicht worden war. Wenige Tage später erhält auch die Jugendorganisation der Vereinigten Bürgerpartei »Junge Demokraten« eine Registrierungsverweigerung.
13.06.2013	Die USA verlängern die gegen Belarus verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr.
16.06.2013	In Hrodna treten Kleinunternehmer in einen spontanen Streik auf Protest gegen neue Zertifizierungsregeln der Zollunion.
17.–19.06.2013	Eine belarussische Delegation unter Leitung von Wirtschaftsminister Snapkau besucht Laos.
18.–19.06.2013	Während des Staatsbesuchs von Präsident Lukaschenka in Kiew tauschen die Präsidenten beider Länder Ratifizierungsurkunden zu dem 1997 unterzeichneten Abkommen über die Staatsgrenze zwischen Belarus und der Ukraine aus. Belarus hatte die Ratifizierung des Abkommens in den vergangenen Jahren verzögert und an die Erfüllung von belarussischen Ansprüchen auf ukrainische Zahlungsverpflichtungen aus der Zeit der Auflösung der Sowjetunion in Höhe von 80–150 Mio. US-Dollar geknüpft. Da die Ukraine das Grenzabkommen für ihre weitere Annäherung an die EU benötigt, stimmte die ukrainische Führung nun zu, die Schuldenansprüche durch wirtschaftliche Maßnahmen zu begleichen, wie den Ankauf von belarussischen Traktoren, verbilligte Stromlieferungen u. a.
19.06.2013	Die Repräsentantenkammer verabschiedet in erster und zweiter Lesung einen Gesetzesentwurf, der bei Trunkenheit am Steuer die Konfiskation des Fahrzeugs vorsieht, und zwar unabhängig davon, ob das Fahrzeug dem jeweiligen Fahrer gehört oder nicht.
20.06.2013	Präsident Lukaschenka unterzeichnet einen Erlass über die Erhöhung der Renten um 10,2 % ab 1. Juli.
24.06.2013	Der Rat der EU-Außenminister hebt das Einreiseverbot für Uladsimir Makej für die Zeit der Ausübung des Amts des Außenministers auf.
25.–26.06.2013	Der erste stellvertretende Premierminister Uladsimir Sjamashka besucht Venezuela.
27.06.2013	Belarussische Kleinunternehmer streiken in Minsk aus Protest gegen die von der Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland vorgesehene Zertifizierung von Kleidern und Schuhen. Die Assoziation der Kleinunternehmer »Perspektywa« wird anschließend vom Justizministerium wegen der Organisation einer nicht-registrierten Veranstaltung verwarnt. Im Falle einer weiteren Verwarnung im Laufe eines Jahres droht der Assoziation die Schließung.
29.06.– 03.07.2013	Eine Delegation der Repräsentantenkammer unter Leitung des stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden Viktor Huminskij nimmt an der 22. Parlamentarischen Vollversammlung der OSZE in Istanbul teil. In ihrer am 2. Juli verabschiedeten Resolution kritisiert die Versammlung die Menschenrechtssituation in Belarus und fordert die Führung auf, alle politischen Gefangenen zu entlassen sowie die Verfolgung der Zivilgesellschaft einzustellen. Die belarussische Delegation wertet es als Erfolg, dass Abgeordnete aus 11 Staaten – darunter auch aus den EU-Staaten Frankreich, Griechenland, Slowakei und Tschechien – gegen die Resolution stimmen.
01.07.2013	Der stellvertretende Parlamentsvorsitzende Viktor Huminskij trifft sich am Rande der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit dem türkischen Parlamentsvorsitzenden Cemil Çiçek. Gesprächsthema ist u. a. der Zeitplan für die Ratifizierung des bilateralen Abkommens über den visafreien Verkehr zwischen beiden Ländern.
01.07.2013	Ein Vizebsker Gericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Andrej Hajdukau zu 1,5 Jahren Gefängnis wegen des Versuchs, in Kontakt mit der CIA zu treten. Hajdukau will Berufung gegen das Urteil einlegen.



01.07.2013	Aljaksandr Lukaschenka empfängt den Präsidenten von Laos. Es wird ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Beide Präsidenten unterzeichnen außerdem eine Erklärung, dass sie gemeinsam gegen Versuche, die Menschenrechte als »politisches Druckmittel« einzusetzen, vorgehen wollen.
01.07.2013	In seiner Rede zum bevorstehenden Nationalfeiertag am 3. Juli 2013 bezeichnet Aljaksandr Lukaschenka gleichgeschlechtliche Ehen als »tragisches Zeichen für die allgemeine geistige Krise« des Westens. Ebenso kritisiert der Präsident die westliche Konsumwelt. Unabhängigkeit bedeute insbesondere das Recht, die eigenen moralischen Werte zu verteidigen.
02.07.2013	Präsident Lukaschenka weiht den »Platz der Staatsflagge« ein, der am Siegesprospekt in Minsk gelegen ist.
02.07.2013	Der neue Geschäftsträger der schwedischen Botschaft nimmt in Minsk seine Arbeit auf. Die schwedische Botschaft war im August 2012 im Kontext der Teddybär-Affäre geschlossen und der damalige Botschafter Eriksson des Landes verwiesen worden.
03.07.2013	Anlässlich des Tags der Unabhängigkeit und der Befreiung von der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg findet eine Militärparade in Minsk statt. An den Feierlichkeiten nimmt auch der neue venezolanische Präsident Maduro teil.
04.07.2013	Der inhaftierte Ex-Präsidentschaftskandidat Mikolaj Statkewitsch darf erstmals seit Dezember 2011 Besuch von seiner Ehefrau erhalten.
04.07.2013	Das Landwirtschaftsministerium bestätigt den Ausdruck der Schweinegrippe in einem Betrieb im Gebiet Wizebsk. Auch aus anderen Gebieten gibt es Informationen über Vorfälle. Mehrere Nachbarländer verbieten daher vorübergehend die Einfuhr von Fleisch aus Belarus.
04.07.2013	Aljaksandr Lukaschenka empfängt in Minsk Kardinal Jean-Louis Tauran, der den Päpstlichen Rat für Interreligiösen Dialog leitet. Der Kardinal hat am 5. Juli außerdem ein gemeinsames Treffen mit Metropolit Filaret und Erzbischof Kondrusiewicz.
04.–05.07.2013	Außenminister Makej trifft sich in Belgrad mit dem serbischen Präsidenten, dem Premierminister, dem Verteidigungsminister und seinem Amtskollegen sowie Parlamentsabgeordneten.
05.07.2013	Die Regierung erklärt, dass die Regeln der Zollunion zur Zertifizierung von Kleidern und Schuhen erst zum 1. Juli 2014 für Markthändler in Kraft treten sollen. Die neuen Vorschriften waren Anlass für mehrere Proteste von Kleinhändlern in den letzten Wochen an unterschiedlichen Orten in Belarus gewesen.
09.07.2013	Der Belarus-Berichterstatte des Europäischen Parlaments Justas Paleckis legt dem Auswärtigen Ausschuss seinen überarbeiteten Berichtsentwurf vor. Die Neufassung wird mit 55 Stimmen bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen gebilligt. In der aktuellen Berichtsversion ist gegenüber der Version von Mai 2013 nicht länger von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus in 2012 die Rede, zudem sind demokratische Defizite ausführlicher dargestellt. Gleichzeitig ist das Angebot einer Wiederaufnahme des politischen Dialogs im Falle der Freilassung und politischen Rehabilitation aller politischen Gefangenen enthalten. Der Bericht soll nun im September 2013 dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden.
09.07.2013	Premierminister Michail Mjasnikowitsch und der Premierminister von Bangladesch Sheikh Hasina vereinbaren in Minsk die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für Handel und wirtschaftliche Kooperation sowie einer gemeinsamen Kommission für militärisch-technische Kooperation.
10.07.2013	Außenminister Uladsimir Makej trifft in Moskau mit dem Vorsitzenden der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin und seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen.
11.–14.07.2013	Der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte in Belarus Miklos Haraszi trifft sich in Vilnius mit Vertretern der belarussischen Zivilgesellschaft, um mit ihnen die Menschenrechtssituation in Belarus zu diskutieren. Die Ergebnisse will Haraszi in einem Bericht der UN-Vollversammlung im Oktober 2013 vorlegen.
12.07.2013	Aljaksandr Lukaschenka eröffnet das alljährliche Internationale Kulturfestival »Slawjanskij Basar« in Wizebsk. Das Festival diene, so Lukaschenka, der geistigen Einheit der vielköpfigen slawischen Familie und leiste einen wichtigen Beitrag zur »humanitären Mission des modernen Slawentums«.
12.07.2013	Nationalbankchefin Nadseja Jermakowa erklärt, dass es ausreichend Devisen in den Wechselstuben des Landes gebe. Sie reagiert damit auf Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung des belarussischen Rubels, die Anfang Juli zu einer gesteigerten Nachfrage der Bevölkerung nach Devisen geführt hat.
12.07.2013	Der Leiter der Präsidialadministration Andrej Kabjakau spricht sich für eine Reduzierung der Zahl der Manager und anderer leitender Mitarbeiter im Bausektor aus. Derzeit stünden 7.000 Führungskräften 10.000 Bauarbeitern gegenüber. Dies müsse bis zum 1. Oktober geändert werden.

13.07.2013	Der 25jährige Oppositionsaktivist Aljaksandr Malchanau wird nach 18monatiger Haft aus dem Gefängnis entlassen. Malchanau war am 6. Januar 2011 wegen seiner Teilnahme an den Protesten gegen die Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 verhaftet worden und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aufgrund einer Amnestie des Präsidenten kam er bereits im September 2011 frei. Im April wurde er jedoch erneut wegen eines Diebstahls im Wert von 54 US-Dollar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Während des Prozesses hatte Malchanau jegliche Schuld abgestritten und darauf verwiesen, dass er nach seiner Entlassung keine Anstellung gefunden habe und deshalb seinen Lebensunterhalt durch das Sammeln von Altmetall habe bestreiten müssen.
14.07.2013	In seiner Rede bei einer internationalen Konferenz zum Thema »Informationssicherheit als Element der nationalen Sicherheit« in Minsk hebt Informationsminister Aleh Praljaskowskij die wachsende Rolle des Internets hervor. Die Zahl der Belarussen, die es vorziehen, sich politisch im Internet zu informieren, sei einer Studie des Zentrums für soziologische und politische Studien der Belarussischen Staatlichen Universität zufolge von 2,7% in 2005 auf 34,9% in 2012 gestiegen, während nur noch 34,8% statt 47,6% Zeitungen als zentrale Informationsquelle nutzen. Die Staatsmedien müssten daher dem Medium Internet mehr Aufmerksamkeit schenken.
15.–17.07.2013	Aljaksandr Lukaschenka hält sich auf Einladung von Präsident Xi Jinping mit einer Delegation in China auf. Es werden ein Vertrag über strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern und zahlreiche weitere Abkommen unterzeichnet. Lukaschenka hat China zuletzt im Oktober 2010 besucht.

*Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.*

*Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Astrid Sahn (verantwortlich)

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 2192-1350 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>



## Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.

**IBB**

Internationales  
Bildungs- und  
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)